

## **Erinnerungen an den Nationalsozialismus in Deutschland**

### **Wege, Themen, Positionen, Instrumentalisierungen im Nachkriegsdeutschland bis zur Gegenwart**

Peter März

Zwei Aussagen am Beginn zu der förmlich anthropologischen Fragestellung, warum wir eigentlich Geschichte treiben, also die darstellende, systematisierende und kritische Befassung mit Vergangenheit. Bei Leopold von Ranke, dem Schöpfer der modernen Geschichtswissenschaft, zumindest für den deutschsprachigen Raum, heißt es lapidar, es gehe darum, zu „zeigen, wie es eigentlich gewesen ist“.<sup>1</sup> Damit verbunden ist ein tatsächlicher oder vermeintlicher Objektivierungsanspruch, der gerade im Lichte der vielberufenen Zivilisationsbrüche des 20. Jahrhunderts buchstäblich fragwürdig geworden ist. Dagegen steht eine Feststellung des niederländischen Historikers Johan Huizinga, der sich als Wissenschaftler primär mit der bunten Vielfalt des ausgehenden Mittelalters befaßt hat,<sup>2</sup> der aber zugleich in den dreißiger und frühen vierziger Jahren dem Dominanzanspruch nationalsozialistischer Geschichtsbetrachtungen widerstand und noch vor der Befreiung im Februar 1945 verstarb. Er wurde vor allem ein Opfer des Hungers. Huizinga bezeichnete sinngemäß Geschichte als jene Form, also jene Art und Weise, wie eine Zivilisation sich über sich selbst Rechenschaft gibt. Im Begriff der „Rechenschaft“ schwingt jedenfalls die unabdingbare moralische, Politikwissenschaftler würden hinzufügen: normative, Komponente mit: Es geht nicht nur darum, Vergangenheit zu konkretisieren, sondern über sie wertend zu urteilen – und im Fall welcher Vergangenheit ist dies nicht unabdingbarer als im Falle der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts.

#### *Nationalsozialismus, nicht Faschismus*

- Wenn wir über das Deutschland der Jahre von 1933 bis 1945 sprechen, dann sollten wir aus heutiger Perspektive in jedem Fall beim Begriff „Nationalsozialismus“ verbleiben und den weiteren Begriff „Faschismus“ nur in einer Sekundärrolle sehen: zum einen zur Kennzeichnung der weiteren Rechtsdiktaturen in Europa der Zwischenkriegszeit, ausgehend von Italien,
- und zum anderen im Hinblick auf die instrumentell-manipulative Verwendung von sowjetischer und im Gefolge von SED-Seite, instrumentell-manipulativ, weil sie zweierlei Absichten verfolgte:

Es ging zum einen darum, die Kennzeichnung „sozialistisch“ aus der Begrifflichkeit verschwinden zu lassen. Zum anderen sollte der eigentliche ideologische Gegner im Kalten Krieg, die bürgerliche Gesellschaft, also die auf Privateigentum gegründete marktwirtschaftliche Ordnung und die Wettbewerbsdemokratie, kontaminiert und in eine Kontinuität zur NS-Diktatur gestellt werden. Diese instrumentelle Absicht galt aber eben auch für große Teile der sogenannten Achtundsechziger in der alten Bundesrepublik, die – bei allen ihnen zugestandenen Aufklärungsabsichten – auf diese Weise blind

---

1 Vgl. Hashagen, Justus: Allgemeine Einleitung. In: Ranke, Leopold von: Weltgeschichte. Bd. 1/2, Hamburg o.J., entnommen aus: Ranke: Vorrede zu „Die Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494–1514“, S. 8.

2 Vgl. Huizinga, Johan: Herbst des Mittelalters. 12. Auflage, Stuttgart 2006.

für den rassistisch begründeten Antisemitismus und mit ihm den Holocaust wurden bzw. dieses Verbrechen tendenziell bagatellisierten.<sup>3</sup>

Damit im Zusammenhang steht die Propagierung eines gegen den Staat Israel gerichteten sogenannten „Antizionismus“ vor allem nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967, bei dem ohne Zweifel antisemitische Untertöne mitschwangen. Wolfgang Kraushaar hat darauf in seinem vor Kurzem erschienenen Buch über die Mordanschläge gegen die jüdische Gemeinde in München Anfang der siebziger Jahre nochmals eindrucksvoll hingewiesen und, wie nicht anders zu erwarten, bei den Epigonen der alten Achtundsechziger in der heutigen Bundesrepublik den Aufschrei der Getroffenen gefunden – bis hin zum Münchener Oberbürgermeister.<sup>4</sup>

### *Thematische Wege von Publizistik und Wissenschaft*

Die „Erinnerung an den Nationalsozialismus“ im heutigen Deutschland ist zunächst ein Resultat vielfacher wissenschaftlicher Forschungen seit Beginn der fünfziger Jahre, damals als „Zeitgeschichte“ in der alten Bundesrepublik geradezu neu konstituiert. Es würde zu weit führen, hier im einzelnen darstellen zu wollen, wie sich seitdem, also seit gut sechzig Jahren, Fragestellungen, Zugangsweisen, Blickrichtungen und Deutungen gewandelt haben. Dazu also ganz knapp:

Am Anfang ging es vor allem um Stufen von Machtverfall in der ausgehenden Weimarer Republik wie Machterringungen im Prozeß der Festigung der NS-Diktatur.<sup>5</sup> Verwiesen sei hier auf die grundlegenden Arbeiten von Karl Dietrich Bracher. Des weiteren ging es aber auch um die Eskalation der NS-Außenpolitik von einer revisionistisch erscheinenden zu einer imperialen, die auf die Schaffung eines deutschen Ost-Imperiums mit Kolonialstatus bis zum Ural abzielte. Das Einschlägige dazu hat schon Andreas Hillgruber in den sechziger Jahren geschrieben.<sup>6</sup>

Parallel dazu lief ein Prozeß der Apologie, vor allem in den sogenannten „Generalsmemoiren“, am prominentesten das Buch *Verlorene Siege* des Feldmarschalls von Manstein.<sup>7</sup> Gerade gegen solche Apologien, auf dem Buchmarkt, in den Illustrierten, aber auch vor Gericht, wurde, wie Martin Sabrow<sup>8</sup> in den letzten Jahren untersuchen ließ, die Figur des „Zeitzeugen“ installiert. Der Zeitzeuge, primär im Sinne des Opfers, nicht im Sinne des politischen, administrativen oder militärischen Akteurs, sollte, vor Gericht wie im öffentlichen Diskurs, die Mythen der früheren Inhaber von Kommandohöhen dekonstruieren. Es begann damit schon sehr früh, in den späteren vierziger Jahren, wenn überlebende Opfer aus den Vernichtungslagern ihre Qualen schilderten und

---

3 Vgl. als ein Beispiel für viele den Bezug bei Berg, Nicolas: *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*. Göttingen 2003, S. 441, auf Kühnl, Reinhard: *Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskritik*. 2 Bände, Hamburg 1979, hier Bd. 2, S. 210, wie folgt zitierend: „Der Mord an den europäischen Juden darf also nicht als etwas ganz Singuläres betrachtet werden – das müsste zu Fehlurteilen führen. Äußerste Brutalität der Herrschaft bis hin zum Massenmord war ein allgemeines Merkmal des faschistischen Systems. Mit anderen Mitteln hätte die Zerschlagung einer so starken und gut organisierten Arbeiterbewegung und die Einleitung eines so gigantischen Expansions- und Ausplünderungsprogramms auch nicht ins Werk gesetzt werden können.“

4 Kraushaar, Wolfgang: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus. Reinbek 2013.

5 Bracher, Karl Dietrich: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*. 5. Aufl., Villingen 1971; ders.: *Stufen der Machtergreifung*, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1974.

6 Hillgruber, Andreas: *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941*. Erstausgabe München 1965.

7 Manstein, Erich von: *Verlorene Siege*. Bonn 1955.

8 Sabrow, Martin/Frei, Norbert (Hrsg.): *Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945*. Göttingen 2012.

ihre körperlichen Gebrechen zeigten, bis hin zum Auschwitz-Prozeß in den frühen sechziger Jahren.

Endgültig mit der Ausstrahlung der Fernsehserie *Holocaust* in der alten Bundesrepublik 1979 vollzog sich ein Perspektivwechsel, von dem man sagen kann, daß er zunächst die Öffentlichkeit und sodann, vielfach nachholend, die Wissenschaft erreichte. Es fiel der westdeutschen Gesellschaft schwer, zur Kenntnis zu nehmen, daß unter deutscher Verantwortung während des Zweiten Weltkrieges sechs Millionen Juden ermordet worden waren. Dabei war das Verbrechen als solches weithin bekannt bzw. konnte zumindest bekannt sein. So wurde es beispielsweise vom SPD-Vorsitzenden und Oppositionsführer Kurt Schumacher schon in der Aussprache über die erste Regierungserklärung 1949 offen angesprochen.<sup>9</sup> Und schon im April 1946 hatte der frühere Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß die Dimension des Verbrechensgeschehens in diesem Vernichtungslager als Zeuge im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß erkennbar werden lassen.

Die Wissenschaft bemühte sich in den letzten Jahrzehnten zunächst, die Entscheidungsabläufe hin zum Holocaust zu rekonstruieren, sodann anhand von akribischen Regionalstudien für den ostmittel- und osteuropäischen Raum zu untersuchen, welche Verantwortungsträger in Polen, in Weißrußland,<sup>10</sup> in der Ukraine oder an anderen Orten mit welcher Intention was verfügten und unternahmen. Zuletzt wird, auch nach mancherlei publizistischen wie autobiografischen „Vorläufern“, eine Thematik behandelt, die lange ganz im Schatten des Holocausts stand – das Leben bzw. Überleben der wenigen in Deutschland bis 1945, mit Schwerpunkt in Berlin, verbliebenen Juden. Auch hier fragt man sich: Warum erst jetzt? – und auch hier kommt die wissenschaftliche Expertise vom Institut für Zeitgeschichte.<sup>11</sup>

Ein ähnliches Schema läßt sich beobachten, was das Agieren von Wehrmacht und Waffen-SS anbelangt, zunächst bezogen auf die Sowjetunion, dann aber auch bereits auf Polen 1939 und die Bekämpfung sogenannter Partisanen mit ihren Verbrechenstatbeständen, vielfach die Zivilbevölkerung einbeziehend, auf dem Balkan und in Griechenland, ab Spätsommer 1943 in Italien und schließlich auch in Frankreich, dort forciert nach der Landung der Alliierten im Juni 1944. Auch hier kam der Anstoß weitgehend nicht aus der klassischen Fachwelt, sondern durch die beiden Ausstellungen über Verbrechen der Wehrmacht des Hamburger Institutes für Sozialforschung von 1995 bzw. von 1999/2001. Die erste dieser beiden Ausstellungen wurde vor allem wegen der Fehler, die der polnische Historiker Bogdan Musial nachgewiesen hatte, zum Streitfall.<sup>12</sup>

Im Anschluß an die wie auch immer geartete Popularisierung dieses Themas nahm sich die etablierte Fachwelt seiner an; das Institut für Zeitgeschichte in München (und Berlin) legte ein großes Forschungsprogramm auf, das die Vorgehensweisen der Wehrmacht, von den Kommandospitzen in der Führung der Heeresgruppen und Armeen bis zu den niederen Diensträngen und insbesondere die Interaktion bzw. Kommunikation mit der

9 Der Oppositionsführer Schumacher übte Kritik an der ersten Regierungserklärung. Am 21. September 1949 führte er im Bundestag aus: „Zu matt und schwach ist gewesen, was gestern die Regierungserklärung über die Juden und die furchtbare Tragödie der Juden im Dritten Reich gesagt hat.“ Zit. nach Gosewinkel, Dieter: Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945–1961). Bonn 1991, S. 228.

10 Als Beispiel für eine „Regionalstudie“ siehe Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944. Hamburg 1999.

11 Vgl. Löw, Andrea/Bergen, Doris L./Hájková, Anna (Hrsg.) (Hrsg.): Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945 (Schriftenreihe der VfZ, Bd. 106). München 2013.

12 Vgl. den Katalog für die Zweitfassung der Ausstellung mit Anhang, der die seinerzeitige Kritik wiedergibt: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Hamburg 2003, S. 708 ff.

SS und dabei vor allem mit den mörderischen Einsatzgruppen akribisch untersuchte und nunmehr weitgehend zum Abschluß gekommen ist.<sup>13</sup>

Die kritische, zunächst primär publizistische, dann wissenschaftliche Untersuchung der Wehrmacht daraufhin, in welchem Maße sie am Verbrechen geschehen beteiligt gewesen war, hatte nicht zuletzt der Absicht gegolten, frühere Narrative, die möglichst alle Untaten auf den – engen – Bereich Parteiführung, SS, Reichssicherheitshauptamt fokussierten, nun zu dekonstruieren. Es ging also darum – überspitzt formuliert –, nicht mehr Apologien zuzulassen, die wenigen Institutionen alle Schuld zuschrieben, um sich bzw. die Breite von Gesellschaft und staatlichen Einrichtungen exkulpieren zu können. Seit etwa einem Jahrzehnt geht der Trend also dahin, weitere Gruppen wie Institutionen in den Diskurs über Untaten einzubeziehen:

- die deutsche Gesellschaft selbst in zumindest beträchtlichen Teilen – Götz Aly<sup>14</sup> – wegen Bereicherung durch die „Arisierung“, das heißt die Beraubung der deutschen Juden, und, im Krieg, die Bereicherung aus den eroberten Gebieten,
- etwa den deutschen Sport, namentlich den Fußball, wegen des Verrats an seinen jüdischen Mitgliedern schon ab März/April 1933,<sup>15</sup>
- vor allem aber große Teile der Verwaltung: Finanzverwaltung, Justiz und Polizei, an erster Stelle das Bundeskriminalamt nach 1945/49 – hier wurden, zumal aus dem Reichssicherheitshauptamt, die wohl schlimmsten Kontinuitäten ans Tageslicht gebracht –,
- und am spektakulärsten das Auswärtige Amt: Für dieses hatte der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer eine wissenschaftliche Arbeitsgruppe berufen, deren 2010 publizierte und medial groß aufgemachte Ergebnisse – „Das Amt“<sup>16</sup> – für eine der heftigsten einschlägigen Kontroversen der jüngsten Zeit in Deutschland sorgten: Die Kritik, etwa in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* der zuständige Fachredakteur Rainer A. Blasius gegen den eigenen Feuilleton-Herausgeber Frank

13 Exemplarisch Hartmann, Christian: Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42. München 2009.

14 Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt am Main 2005.

15 Der opportunistische Anpassungskurs des Deutschen Fußballbundes (DFB) gegenüber dem NS-Regime erscheint gesellschaftspolitisch symptomatisch. Elf Tage, nachdem schon die deutsche Turnerschaft „Marxisten und Juden als Mitglieder“ ausgeschlossen hatte, vermeldete das Fußball-Zentralorgan *Kicker* am 19. April 1933: „Der Vorstand des Deutschen Fußballbundes und der Vorstand der Deutschen Sportbehörde [letztere für Leichtathletik, P.M.] halten Angehörige der jüdischen Rasse, ebenso auch Personen, die sich als Mitglieder der marxistischen Bewegung herausgestellt haben, in führenden Stellungen der Landesverbände und Vereine nicht für tragbar.“ Zit. nach Scherer, Karl Adolf: „Die Geschichte erwartet das von uns.“ Fußball im Dritten Reich. In: 100 Jahre DFB. Die Geschichte des Deutschen Fußball-Bundes, hrsg. v. DFB. Berlin 1999, S. 283–310, hier S. 291. Der Verwaltungsausschuß des damaligen deutschen Rekordmeisters 1. FC Nürnberg beschloß noch darüber hinausgehend am 27. April 1933: „Der 1. FCN streicht die ihm angehörenden jüdischen Mitglieder aus seiner Mitgliederliste. Der Verwaltungsausschuss hat diesen Beschluss gefaßt aus der Überzeugung heraus, alles tun zu müssen, um den Bestrebungen der nationalen Regierung auf Schaffung eines deutschen Volksstaates gerecht zu werden.“ Zit. nach Pausenwein, Christoph/Kaiser, Harald/Siegler, Bernd: Die Legende vom Club. Die Geschichte des 1. FC Nürnberg. Göttingen 2006, S. 92.

16 Conze, Eckart/Frei, Norbert/Hayes, Peter/Zimmermann, Moshe: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, unter Mitarbeit von Annette Weinke und Andrea Wiegeshoff. München 2010. Vgl. als ein Beispiel aus der Kritik das von Frank Schirmacher im Feuilleton der *FAS* geführte Interview mit dem Berliner Historiker Daniel Koerfer, bei dem der Fragesteller und *FAZ*-Herausgeber gegen von Koerfer referierte Faktenlagen offenkundig versuchte zu retten, was zu retten war. Vgl. *FAS* v. 28.11.2010, S. 29–31. Siehe jetzt auch die umfassende kritische Monographie von Koerfer, Daniel: Diplomatenjagd. Joschka Fischer, seine Unabhängige Kommission und Das AMT, Potsdam 2013.

Schirmmacher – konnte an vielen Beispielen zeigen, daß um der gewünschten Ergebnisse willen voreingenommen und methodisch fahrlässig gearbeitet worden war. Es wurde also Geschichtspolitik im parteiischen Sinne statt Geschichtsforschung betrieben. Es war den Bearbeitern eigentlich um den Nachweis gegangen, das Auswärtige Amt der alten Bundesrepublik ab 1951 sei nur eine Art Fortsetzung von – dominierenden – NS-Seilschaften im alten Auswärtigen Amt bis 1945 gewesen, und eben dieses alte Auswärtige Amt habe am Holocaust nicht bloß administrativ mitgewirkt, sondern ihn sozusagen intentional-forcierend mit getragen. Insgesamt ein Ergebnis, das mit seiner Verdunkelung der frühen Bundesrepublik naturgemäß dem Alt-68er Joschka Fischer zupaß kam. Da es auf äußerst schwachen Beinen stand, offenbarte es tatsächlich aber etwas anderes: nämlich die Verirrungen einer aus politisch-ideologischen Gründen überschießenden Scheinaufklärung. Tatsächlich gab es unbestreitbar NS-Strukturen im alten Auswärtigen Amt, aber eben auch manch anderes bis hin zu Resistenz und Widerstand. Die Autoren der Studie „Das Amt“ haben die Spezifik der alten Bundesrepublik mit ihren Kontexten – Westintegration, Wertebezug, Absage an herkömmliche Großmachtpolitik – absichtlich (?) – gründlich verfehlt, oder anders formuliert: Der Bruch zwischen deutscher Großmachttradition im Bismarckschen Sinne und politisch wie kulturell verwestlichter und integrierter Bundesrepublik, eine der fundamentalen Zäsuren deutscher Geschichte, wurde auf diese Weise mindestens fahrlässig ausgeblendet – einschließlich der Lernanstrengungen deutscher Diplomaten nach 1951, die noch aus der alten Schule kamen.

Die jüngsten, spektakulären Veröffentlichungen zum militärischen Komplex betreffen die Publizierung und Kommentierung von Abhörprotokollen deutscher Soldaten und Offiziere in britischem und amerikanischem Gewahrsam, einmal durch den Historiker Sönke Neitzel und den Sozialpsychologen Harald Welzer, sodann durch den Historiker Felix Römer.<sup>17</sup> Sie beschäftigte die deutsche Öffentlichkeit sehr stark, insbesondere nach der Ausstrahlung der dreiteiligen Fernsehserie „Unsere Väter, unsere Mütter“ Anfang 2013 über konkrete Rollen junger Deutscher von 1941 bis 1945 im Kampfgeschehen mit der Roten Armee, wie auch in der Interaktion Frontheimat

Auch die Abhörprotokolle führen zu keinem eindeutigen Lagebild: Sie legen einmal die Vermutung nahe, daß, so bei Welzer und Neitzel, auch die Soldaten der deutschen Wehrmacht relativ wenig ideologisch geprägt waren, sondern – und hier bemühen die Autoren die Parallele zu anderen Kriegen und Armeen bis hin zum Vietnam-Krieg – vor allem durch eskalierende Brutalität im Kampfgeschehen und durch Technikfaszinierung vorangetrieben wurden. Felix Römer hebt dagegen darauf ab, daß die jüngeren Jahrgänge, also jene, die ab 1933 die Schul- und Bildungswelt des NS-Regimes durchliefen, durchaus den ideologischen Vorgaben des Regimes folgten, die älteren hingegen, sozialisiert vor allem in den Jahren der Weimarer Republik, sehr viel weniger fanatisch und sehr viel pragmatischer handelten.

An dieser Stelle ein paar knappe Bemerkungen zur Rezeptionsgeschichte des Widerstandes, diese nicht einfach nur als Weg von vermeintlichem Landesverrat zum staatsbürgerlichen Vorbild. Die Sache ist viel komplizierter: In der Bundesrepublik gab es seit den frühen fünfziger Jahren eine Hochschätzung vor allem des militärischen Widerstandes mit dem 20. Juli 1944 und dessen politisch-administrativen Verbündeten, durch

---

<sup>17</sup> Sönke Neitzel/Harald Welzer: Protokolle vom Kämpfen, Töten, Sterben, Frankfurt am Main 2011; Felix Römer: Kameraden. Die Wehrmacht von innen. München/Zürich 2012.

Autoren wie Hans Rothfels und Gerhard Ritter.<sup>18</sup> In der DDR wurde eben jenes Spektrum in Antifa-Manier als junkerlich-reaktionär denunziert. In den sechziger Jahren begann sodann etwa bei Hans Mommsen in Westdeutschland der Rekurs auf oft vordemokratischen Konservatismus im Widerstand von Offizieren und hohen Beamten<sup>19</sup>; zugleich wurde der Widerstand aus der Arbeiterbewegung und allgemeiner gesellschaftlicher Resistenz aufgewertet. Die vor dem Zusammenbruch stehende DDR schließlich vollzog im Zeichen ihrer partiellen Bismarck- und Preußen-Renaissance – um ihr sogenanntes nationales Erbe und damit ihre so schmale eigene Legitimationsbasis zu verbreitern – eine Wendung zum militärischen Widerstand, namentlich zu Stauffenberg.<sup>20</sup> Das wiedervereinigte Deutschland zeichnet sich schließlich durch eine breite Aufstellung aus, die geradezu proporzmäßig alle Gruppen und deren Sozialisationen akzeptiert bzw. schätzt.

### *Der europäische Umbruch von 1989 bis 1991 und seine geschichtspolitischen Folgen*

Der europäische Umbruch von 1989 bis 1991, der Kollaps der kommunistischen Regime, hat, auf den ersten Blick paradoxerweise, auch die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in hohem Maße beeinflusst. Paradoxerweise deshalb, weil diese Geschichte an sich bzw. auf den ersten Blick gar nicht betroffen war, bzw. gar nicht betroffen schien. Dies war aber aus mehreren Gründen nicht der Fall:

Zum einen ging es nach der Wiedervereinigung Deutschlands darum, das „antifaschistische“ Geschichtsbild der DDR, vermittelt in Schule und Medien, vor allem aber in den sogenannten „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“, zu dekonstruieren. Dieses Geschichtsbild – genannt seien beispielhaft drei Gedenkstätten, Buchenwald als die wichtigste KZ-Gedenkstätte auf dem Gebiet der früheren DDR, Sachsenhausen nördlich von Berlin und das Konzentrationslager Ravensbrück in der nördlichen Mark-Brandenburg – basierte vor allem auf folgender Ausgangssituation:

1. Die Transformation dieser Konzentrationslager ab 1945 zu sowjetischen Internierungslager mit vielen Zehntausenden von Opfern war, so lange es die DDR gab, ein Tabu. Dieses Tabu aufzubrechen und dieser zweiten Geschichte zu ihrem Recht zu verhelfen, war ein außerordentlich schwieriger Prozeß; in gewisser Weise ist er immer noch nicht abgeschlossen.
2. Darüber hinaus wurde mit einigem ideologischen Selbstbewußtsein proklamiert, daß durch die Errichtung einer sogenannten antifaschistischen Ordnung in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR der „Ungeist des Faschismus“ ein für alle Mal beseitigt worden sei.<sup>21</sup> Das Weiterwirken unter der Oberfläche in der Gesellschaft, über die zahlreichen vom MfS registrierten, aber offiziell verschwiegenen „faschistischen Zwischenfälle“ in der Nationalen Volksarmee der DDR, bis hin zu antipolnischen Stereotypen in der DDR, die nach dem Entstehen der

---

18 Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. 3. Aufl., Stuttgart 1956; Hans Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, TB-Ausgabe. Frankfurt am Main 1958.

19 Mommsen, Hans: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien. Köln/Berlin 1966.

20 Finker, Kurt: Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin 1994. Weiterentwicklung einer vielfach erschienenen Stauffenberg-Biographie des Autors in sieben Auflagen zwischen 1978 und 1990.

21 Zum gegen die bürgerliche Gesellschaft gerichteten „Antifaschismus“ der SED, aber auch eines großen Teils der 68er in der Bundesrepublik und ihrer Epigonen, einschließlich des dazu passenden Geschichtsbildes: Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Ehrhart (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Freiburg/Basel/Wien 2002.

Gewerkschaft Solidarność offiziös von der Politik mitgenährt wurden, all diese Phänomene wurden schlicht geleugnet.

3. Schließlich wurde alle Schuld auf die alte Bundesrepublik verlegt: Dort, in einer kapitalistischen Ordnung, sei der „Schoß fruchtbar noch“, aus dem der Ungeist des Nationalsozialismus entstanden sei.

Wie zeitaufwendig und komplex die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten in den sogenannten neuen Ländern ist, zeigt auch der Umstand, daß dieser Prozeß keineswegs abgeschlossen ist, mittlerweile bereits nahezu ein Viertel Jahrhundert nach dem Fall der Mauer. So wurde im April 2013 eine neue Dauerausstellung im ehemaligen Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, im nördlichen Brandenburg, eröffnet. Dramaturgie und Ausstellungsinszenierung schlugen dabei einen bemerkenswerten Weg ein, dessen Tauglichkeit sich nun erweisen muß: Die „zuweilen ahistorischen und mit befremdlichem sozialistischem Pathos gestalteten nationalen Gedenkräume der DDR-Zeit“<sup>22</sup> wurden nicht eliminiert, sondern erhalten, kommentiert und kontextualisiert – sowie konfrontiert mit einer neuen Präsentation, die in dieser KZ-Gedenkstätte nun vor allem einzelne Biographien buchstäblich zu Gehör bringt. Wird eine solche Form friedlicher (?) Koexistenz „funktionieren“?

Die Zäsur von 1989/91 zeichnete sich aber durch noch viel weitreichendere Dimensionen und Neugestaltungen aus:

Es entstand, gewissermaßen zwischen West- und Osteuropa, eine oft auch sehr unfruchtbare „Vergleichsdiskussion“. Den Öffentlichkeiten in Westeuropa wurde vielfach vorgeworfen, sie hätten es sich mit einem bestimmten Geschichtsbild gewissermaßen bequem eingerichtet, zumal den Gesellschaften mit politisch-kultureller Hegemonie links-liberaler Provenienz, sie scheuten nach wie vor die Akzeptanz der Dimension stalinistischer Verbrechen.<sup>23</sup>

An dieser Stelle sei die eigentlich unfruchtbare Frage nach Gleichsetzen bzw. Vergleichen nicht weiter vertieft. Gleichzusetzen gibt es in der Geschichte eigentlich gar nichts. Vergleich ist deshalb schon unabdingbar, um Besonderheiten erkennbar werden zu lassen. Schon für die Antike hat man gerne das Perserreich mit den Stadtstaaten des alten Griechenlands verglichen, um überhaupt die Spezifik des pluralen kulturellen Nährbodens in diesen kommunalen Räumen für die Entwicklung des späteren Europas deutlich machen zu können.

Jenseits solcher Fragestellungen ergab sich, was die innerdeutsche Situation anbelangt, nunmehr auch eine Art Wettbewerb hinsichtlich Gedenkorten und Gedenkstätten, teilweise in sehr prosaischen Formen, ein Wettbewerb um Aufmerksamkeiten, Planstellen und finanzielle Ressourcen, wie dies im öffentlichen Prozeß nun einmal so vonstatten geht.

22 Mönch, Regina: Ravensbrück am stillen See. In: FAZ v. 22.4.2013, S. 29.

23 Zur insofern einfach unfruchtbaren Debatte bemerkenswert, da eher von „linker“ Seite Herbert, Ulrich: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biografische Aspekte. In: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945. München 2003, S. 94–113, hier S. 104 f.: „In der Debatte wurde auch sichtbar, dass bei einem nicht unerheblichen Teil der Diskussionsteilnehmer aus dem liberalen und linken Lager mit dem pathetischen Vergleichsverbot andere Blindstellen überdeckt wurden. Denn die Furcht vor dem ‚Aufrechnen‘ führte vielfach dazu, die Verbrechen in der stalinistischen Sowjetunion nicht wahrzunehmen, zu verkleinern oder zu funktionalisieren. [...] Die Einordnung von Vertreibung und Ermordung der Juden in den Kontext der ethnischen Säuberung und des radikalen Nationalismus im 20. Jahrhundert insgesamt und in den Kontext der Entgrenzung politischer Macht in den totalitären Vernichtungsdiktaturen hat den Judenmord weder verkleinert noch kommensurabel gemacht, sondern seine spezifische Gestalt und Bedeutung erst profiliert.“

Die grundlegende Neugestaltung der KZ-Gedenkstätten auf dem Gebiet der früheren DDR, hier wurden drei der prominentesten genannt, forcierte in diesem Referenzrahmen auch neue Anstrengungen für die Gedenkstätten in Westdeutschland. Damit stellte sich zugleich auch die Frage nach dem Engagement der Bundesebene, also des Gesamtstaates, in einem Themen- und Verantwortungsbereich, der im föderalen System der Bundesrepublik eigentlich der Länderseite obliegt. Damals, das heißt seit den neunziger Jahren, vollzog sich somit ein Prozeß, der die Gedenkstätten in Westdeutschland viel stärker inhaltlich und materiell profilierte; die Länder akzeptierten weitgehende Forderungen des Bundes, um in den Genuß der finanziellen Leistungen des Bundes zu kommen; im Insider-Jargon nennt man das den „goldenen Zügel“, mit dem die gesamtstaatliche Seite Länder oder auch Kommunen zu Verhaltensanpassungen motiviert.

Dabei ging es, auf die westdeutschen Länder bezogen, vor allem um die Einrichtung von Stiftungen, das heißt die staatliche Seite selbst gab auf der Länderebene viele Zuständigkeiten ab, ferner um den Ausbau des sogenannten pädagogischen Angebots einschließlich der Aufwertung der Rolle von Zeitzeugen<sup>24</sup> und um die Installierung eines wissenschaftlichen Beratergremiums auf Bundesebene, dessen Voten für oder gegen eine bestimmte Maßnahme letztlich über deren Realisierbarkeit entscheiden.

In Westdeutschland erhielten zunächst drei, dann vier KZ-Gedenkstätten einen herausgehobenen Status mit institutioneller, also auf Dauer angelegter Förderung: Dachau und Flossenbürg in Bayern, Bergen-Belsen in Niedersachsen und Neuengamme in Hamburg. In der Konsequenz wurden ihre Personalkörper erweitert, neue Dauerausstellungen geschaffen, bei denen als zusätzliches Thema, etwa in Flossenbürg, die Frage des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit hinzukam – man kann diese spezifische Gewichtung, bei aller Bedeutung der Rezeptions- und Erinnerungsgeschichte nach 1945, mit gutem Grund auch als überproportional ansehen –; darauf folgte verstärkte Aufmerksamkeit für das umfassende Geflecht Außenlager und mithin für das Phänomen der „Zwangsarbeit“, insbesondere beim Versuch ab 1943, durch die Produktion sogenannter Wunderwaffen, vor allem Raketen und Düsenjäger, doch noch eine Kriegswende herbeizuführen. Man hat nicht ohne Grund diese Programme auch als „Vernichtung durch Arbeit“ bezeichnet.<sup>25</sup>

Hinzu kommt die verstärkte Aufmerksamkeit, auch in der Zivilgesellschaft, für die „Todesmärsche“ gegen Ende des Krieges. Bis in die letzten Tages des Krieges sollten KZ-Opfer vor den vorrückenden Fronten in andere Lager, teilweise auch in die Vernichtung verbracht werden.

Neben den KZ-Gedenkstätten stehen die Dokumentationseinrichtungen, also Orte, an denen primär das Regime selbst agierte, regierte und exekutierte, sich kultisch zur Schau stellte oder seine Gewalttaten plante und verwaltete.

Im einzelnen, sozusagen als zweiter Regierungssitz gegenüber Berlin, der Obersalzberg bei Berchtesgaden mit seiner Dokumentationseinrichtung, die Einrichtungen, die in

---

24 Mit kritischem Unterton schreibt Martin Sabrow zur überdimensionierten Rolle des Zeitzeugen, daß er „[...] in den Worten Aby Warburgs zu einer kulturellen Pathosformel geworden ist, die die historische Aufmerksamkeitsökonomie bestimmt und die Maßstäbe der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung prägt. Die historische Fachwissenschaft hat in dieser Auseinandersetzung keine privilegierte Deutungsmacht mehr [...].“ Sabrow, Martin: Der Zeitzeuge als Wanderer zwischen zwei Welten. In: Sabrow/Frei: Zeitzeugen, S. 13–32, hier S. 32.

25 Als klassisches Beispiel für diese Rüstungs- wie Terrorprogramme steht der Komplex Mittelbau Dora, unterirdische Fabrikationsanlagen im nordthüringischen Südharz, die der Herstellung von V2-Raketen dienen sollten und in denen mehr Zwangsarbeiter zu Tode kamen als beim Einsatz dieses Waffensystems gegen Großbritannien und die belgische Hafenstadt Antwerpen selbst.



Deutschland das Repressionssystem vermitteln, wie das ELDE-Haus in Köln den Gestapobereich, für die Polizei ein entsprechendes Museum in Münster, und natürlich in Berlin die Topographie des Terrors, Sitz des Reichssicherheitshauptamtes, der Schaltzentrale des gesamten Gewaltregimes, und das Haus der Wannsee-Konferenz als jener beschauliche Ort, an dem im Januar 1942 führende Manager des Regimes das Management der Juden-Vernichtung abstimmten, in Bayern schließlich das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg und, auch als eine seiner Folgewirkungen, das jetzt im Entstehen befindliche begriffene NS-Dokumentationszentrum in München. Beide Einrichtungen stehen beispielhaft für die Symbolhaftigkeit des Regimes, für seinen pseudoreligiösen, kultischen Anspruch, die Reichsparteitage bis 1938 als Heer- und Wallfahrten vor einer mittelalterlichen Kulisse zu inszenieren, das „Braune Haus“ in München, künftig als völliger Neubau, am Ort der ritualisierten Selbstinszenierung des Hitler-Putsches vom 9. November 1923 und der Stilisierung Münchens als „Hauptstadt der Bewegung“, wie als „Hauptstadt der deutschen Kunst“. Auch hier ist zu fragen, ob das Konzept eines Dokumentationszentrums, das stark auf soziologische bzw. sozialgeschichtliche Thematiken wie die Gender-Frage abstellt und die Rolle des „Lernorts“ betont, dazu in der Lage sein wird, wirklich die historischen Spezifika des Ortes München zu reflektieren, nämlich als topographischer und kultureller Ausgangspunkt des Nationalsozialismus, als dessen administrative Heimat und als dessen symbolischen Zentralort – oder ob das Konzept eher in Richtung einer intellektuellen Verflachung läuft. Nach der Fertigstellung des Dokumentationszentrums mit Verspätung gegenüber den ursprünglichen Planungen im November 2014 wird man darüber fundiert urteilen und gegebenenfalls streiten können.

Gerade die letzten genannten Dokumentationseinrichtungen sehen sich mit folgenden Fragestellungen konfrontiert:

- In welcher Weise geht es um den Ort selbst, und in welcher Weise wird er „musealisiert“?
- Bei den heutigen Installationen besteht zumeist eine Scheu, Originalexponate vorzuführen. Dagegen dominiert die Konzentration auf sogenannte „Flachware“, also auf Reproduktionen. Genügt das?
- In welchem Maße geht es eigentlich um das historische Geschehen oder um den Umgang unserer heutigen Gesellschaft mit Herausforderungen an ihre Humanität – ein Beispiel, das hier sehr viel in Anspruch genommen wird, ist die Situation der Migrantinnen und Migranten. Umgekehrt gefragt: Kann die Konzentration auf politische Probleme in den komplexen demokratischen Ordnungen unserer Gegenwart nicht zu einer Bagatellisierung der totalitären Vergangenheit, zu wohlfeiler politischer Instrumentalisierung und zum Verlust an historischer Tiefenschärfe führen?

Eine Art geschichtspolitischen Proporzdenkens kennzeichnet schließlich – auch – die einschlägige Denkmallandschaft in Berlin mit der bundesdeutschen Mediendemokratie im orchestrierenden Hintergrund: 2003 bis 2005 wurde an prominentester Stelle in Berlin, nahe Pariser Platz und Brandenburger Tor, das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ errichtet – emblematisch für die Erinnerung an das deutsche Kernverbrechen schlechthin und ein nationaler Durchbruch für dessen Wahrnehmung. Nun folgte aber, was nach geschichtspolitischen Spielregeln plausibel war, die Komplettierung für andere, aber nicht alle Opfergruppen – Sinti und Roma, Homosexuelle, Deserteure, als jüngstes Vorhaben die italienischen Opfer der deutschen Herrschaft im Land ab September 1943.

Zu fragen ist allerdings, ob auf solche Weise nicht ein Vollständigkeitsimpuls bestimmend wird, der ohnehin nicht gestillt werden kann: Wo bleiben dann die Polen, ihre schon 1939 ermordete „Intelligenz“, die Millionen verhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen, die Belagerten in Leningrad? Welche Kriterien gelten für eine „Auswahl“? Und zweitens ist zu fragen, ob – angestrebte – Vollständigkeit nicht Trivialisierung durch Inflationierung bedeutet?

### *Erzieherische Dilemmata, Fragen, Schlußfolgerungen*

Abschließend einige kritische Fragen:

- Besteht nicht, so Ulrike Jureit, gerade im Bereich der Gedenkstätten die Gefahr einer Art Sekundär-Opferidentifikation statt Reflexion und historischer Kontextualisierung zur Gewinnung von Urteilskraft? Ulrike Jureit beklagt in dem von ihr mit Christian Schneider zusammen verfaßten Buch *Gefühlte Opfer* im Kern zweierlei: eine Art Enthistorisierung des Holocausts auch durch institutionelle Universalisierung, sowohl auf EU- als auch auf UNO-Ebene, insbesondere durch die Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust vom 28. Januar 2000. Der Holocaust firmiert somit als eine Art ahistorisch-idealtypisch Böses; paradoxerweise und vermutlich ungewollt entschwindet er damit auch konkreter deutscher Verantwortlichkeit unter den konkreten historischen Umständen der 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts. Daneben gibt es so etwas wie die Versuchung der Zeitgenossen zu „einer opferidentifizierten Erinnerungskultur“. Mitfühlen und Mitleiden haben sich Ulrike Jureit zufolge „zu einem Identifizierungswunsch mit den Opfern entwickelt, und nicht nur individuell, auch gesellschaftlich ist daraus eine Art geliehene Identität erwachsen – ein Identitätswunsch, der die Opfer zwar umarmt, während die Täter und ihre Taten anonymisiert und pauschal verurteilt werden. [...] Diese deutsche Erinnerungskultur tendiert dazu, eine Vergessenskultur zu werden, die sich paradoxerweise gerade dadurch auszeichnet, dass sie zwanghaft erinnert.“<sup>26</sup>
- Harald Welzer, der hier schon in anderem Zusammenhang genannt wurde, mahnt folgendes an: einmal ein Weg von offiziös verordneter Trivialisierung – so weist er süffisant darauf hin, daß bei der Eröffnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen 16 (!) im Inhalt kaum zu unterscheidende Reden gehalten wurden,<sup>27</sup> und fragt, welchen innovativ-erzieherischen Effekt man sich davon eigentlich versprechen mag. Und des weiteren stellt er fest, wichtig müsse doch sein, daß junge Menschen dazu erzogen werden, in Kontexten zu denken und ein moralisches, normatives wie operationalisierbares Koordinatensystem dafür zu entwickeln, wie, wenn sie selbst auf die Probe gestellt sind, historischen Herausforderungen verantwortungsethisch legitimiert begegnet werden kann.

Insofern, und dieser Punkt soll die hier angestellten Überlegungen beschließen, geht es auch darum, Diktaturgeschichte, namentlich die NS-Geschichte, nicht als böses Ding an sich erscheinen zu lassen. Es bedarf der Referenzebene der Demokratie, um zeigen zu

26 Jureit, Ulrike: Opferidentifikation und Erlösungshoffnung: Beobachtungen im erinnerungspolitischen Rampenlicht. In: dies. und Schneider, Christian: *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*. Stuttgart 2010, S. 17–103, hier S. 36.

27 Welzer, Harald/Giesecke, Dana: *Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur*. Hamburg 2012, S. 21: „Zur Eröffnung des neuen Museums der Gedenkstätte Bergen-Belsen am 28. Oktober 2007 wurden sage und schreibe sechzehn Grußworte und Reden gehalten, und alle waren sie inhaltlich völlig deckungsgleich. Alle repräsentierten sie jene ‚historisch entkernte Frömmigkeit‘ (Volkhard Knigge), deren Sinn allenfalls noch darin erkennbar ist, dass die Liturgie eben das Sprechen der Formeln erfordert, aber dass in all dem etwas läge, was für die Zukunft des Erinnerns tauglich sei, wird niemand mehr behaupten wollen. Jugendliche jedenfalls werden damit nicht erreicht, sondern vor allem abgeschreckt.“

können, welcher Fallhöhe wir als Menschen eigentlich ausgesetzt sind. Hier aber liegt ein besonderes Defizit. Die jüngsten Forschungen von Klaus Schroeder und weiteren Autoren an der FU Berlin haben eindrucksvoll gezeigt, daß die drei deutschen Demokratiegeschichten seit 1919, die Geschichte der Weimarer Republik, die Geschichte der alten Bundesrepublik wie die Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands, den jungen Menschen in Deutschland wenig bis nahezu nicht präsent sind.<sup>28</sup>

Geschichte ist aber nicht einfach nur Horrorgeschichte. Sie kann gelingen, sie kann mißlingen, und dies stets in Verbindung mit bestimmten internen und externen Faktoren. Gerade auf solche Bedingungsfaktoren und deren Bewertung sollten erzieherische Anstrengungen konzentriert werden. Wer dafür keinen Sensus besitzt, ist als Staatsbürger in der Demokratie überfordert.

---

28 Schroeder, Klaus Schroeder/Deutz-Schroeder, Monika/Quasten, Rita/Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen. Frankfurt/Main 2012, S. 544: „Angesichts der Ergebnisse unserer Befragungen und der generellen Bedeutung von Demokratieerziehung halten wir eine grundlegende Werteorientierung im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik im zeitgeschichtlichen Schulunterricht für unverzichtbar.“